



Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger in Bayern
von Markus Ferber, MdEP
Ausgabe 06/ 2007

Tel 0821 - 349 2110 • Fax 0821 - 349 3021



Öffentliches Auftragswesen

Die Europaabgeordneten haben sich mit der Änderung der Nachprüfungsverfahren im Rahmen der Vergabe öffentlicher Aufträge befasst.

Die Überarbeitung bestehender Richtlinien war aufgrund von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes (Alcatel/Stadt Halle) notwendig geworden. Einmal durch öffentliche Ausschreibungen gefundene Entscheidungen sind bislang im Nachhinein oftmals nicht mehr oder nur sehr aufwändig rückgängig zu machen. Die Auftraggeber sollen zudem veranlasst werden, stärker auf eine korrekte Einhaltung der Wettbewerbsvorschriften bei der Vergabe zu achten.

Naher Osten

Das Europäische Parlament hat eine Entschließung zur Situation im Nahen Osten verfasst. Diese beschäftigt sich mit der politischen Lage in den Palästinensergebieten sowie den Hilfszahlungen der Europäischen Union.

Ferber wies darauf hin, dass die palästinensische Regierung die Bedingungen des Nahostquartetts nicht öffentlich anerkannt und weder einen ausdrücklichen Gewaltverzicht erklärt noch das Existenzrecht Israels anerkannt hätte. Daher sprach er sich gegen die Wiederaufnahme der direkten Hilfszahlungen an die palästi-

nensische Autonomiebehörde aus.

Neue Spirituosen-Verordnung

Die Europaabgeordneten haben eine neue Spirituosen-Verordnung verabschiedet. Zwischen den Vertretern der einzelnen Mitgliedsländer umstritten war insbesondere die Definition von Wodka. Neben den klassischen Bestandteilen Getreide und Kartoffeln, dürfen auch weiterhin andere landwirtschaftliche Produkte, wie Zuckerrüben oder Weintrauben zur Herstellung verwendet werden. Sofern jedoch andere Grundstoffe als Kartoffeln oder Getreide verwandt werden, muss die auf dem Etikett deutlich ausgewiesen werden.

Besonderen Wert hat die CSU-Europagruppe auf die Erhaltung von traditionellen Obstbränden als etablierten Klassiker gelegt. Aromatisierende Zusätze hingegen sind verboten. Damit werden insbesondere die kleinen Brennereien in Deutschland geschützt.

Einfuhrverbot von Katzen- und Hundefellen

Mit dem Verbot des Handels mit Katzen- und Hundefellen hat das Europäische Parlament ein deutliches Signal für den Tierschutz gesetzt. Da Felle nicht gekennzeichnet werden

müssen, wurden die Verbraucher bislang häufig über die Herkunft der Felle im Unklaren gelassen. Bislang galten zwar in einigen EU-Mitgliedsstaaten bereits derartige Verbote, aber bei Weitem nicht in allen.

Daher war eine europaweite Regelung längst überfällig, so Ferber.

Finanzierung von Galileo

Eine breite Unterstützung im Plenum fand eine Resolution zur Finanzierung von Galileo. Nachdem das Konsortium, welches das Projekt ursprünglich finanzieren wollte, im Mai dieses Jahres aus dem Satellitenprojekt ausgestiegen war, werden aktuell Finanzierungsalternativen gesucht. Die Kosten für das Konkurrenzprodukt zum amerikanischen Navigationssystem GPS werden zwischen 9 und 12 Milliarden Euro geschätzt.

Das Europäische Parlament hat sich gegen eine Mischfinanzierung aus EU-Gemeinschaftsmitteln und zwischenstaatlich organisierter Finanzierung ausgesprochen. Dies hieße, dass zusätzliches Geld aus den ohnehin bereits angespannten nationalen Haushalten bereitgestellt werden müsste.

Ferber betonte, dass allein über eine Finanzierung durch den EU-Haushalt Transparenz und Verteilungsgerechtigkeit sichergestellt werden könne.